

Weitere Militarisierung oder Rückkehr zur Vernunft?

Die politische Debatte in Japan nach dem Attentat auf Abe

von Eiichi Kido

Am 8. Juli 2022 wurde der ehemalige japanische Premierminister Shinzô Abe erschossen. Das Ereignis hat die japanische Öffentlichkeit äußerst schockiert, nicht zuletzt weil es im Land nur eine sehr geringe Waffenkriminalität gibt.

Zwei Tage später konnte die regierende Liberal-Demokratische Partei auch dank Sympathiestimmen die Oberhauswahl leicht gewinnen. Sie hat nun zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der neobuddhistischen Partei Komeito, und den de facto Satellitenparteien eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die für eine Verfassungsänderung notwendig ist. Da bis 2025 keine nationale Wahl vorgesehen ist, scheint es durchaus möglich, dass die LDP in diesem Zeitraum eine Verfassungsänderung durchsetzen und das Land kriegsfähig machen könnte.

Schon sechs Tage nach dem Attentat kündigte Premierminister Fumio Kishida an, ein Staatsbegräbnis für Abe zu veranstalten. Doch dann kam ans Licht, dass Abe gleichsam Werber für die berüchtigte „Vereinigungskirche“ (Moon-Sekte) war und nicht wenige LDP-Abgeordnete mit ihr eng verbunden sind. Die Kishida-Administration ist damit plötzlich in Not geraten. Kann diese Affäre einen Wendepunkt der japanischen Politik markieren, die bisher mit aller Macht auf Militarisierung gerichtet war?

Das 2012er-System

Am 26. Dezember 2012 wurde Shinzô Abe zum zweiten Mal zum Premierminister gewählt. Bei der Unterhauswahl zehn Tage davor konnte die LDP die Macht zurückerlangen.

Schon in seiner ersten Amtszeit vom 26. September 2006 bis 27. August 2007 sagte Abe ganz offen, dass es seine Absicht sei, das „Nachkriegsregime“ zu ändern. Am 22. Dezember 2006 war das Rahmengesetz für die Erziehung (Kyôiku kihon hô) dahingehend geändert worden, dass es fortan Ziel der Erziehung sein sollte,

„Tradition und Kultur zu achten und unser Land und unsere Heimat, wo diese gepflegt werden, zu lieben“. Am 9. Januar 2007 wurde das Amt für Verteidigung zum Ministerium erhoben. Am 14. Mai 2007 wurde ein Gesetz durchgesetzt, um eine Volksabstimmung für eine Verfassungsänderung durchzuführen.

Am Anfang der zweiten Amtszeit erklärte Abe, sich auf die Wirtschaftspolitik zu konzentrieren. Unter der Bezeichnung „Abenomics“ versuchte er, durch drastischen Zuwachs der Geldbasis die Konjunktur anzukurbeln. Dabei behandelte er die Zentralbank wie eine Tochtergesellschaft der Regierung. In der Realität verbesserte sich die Wirtschaft jedoch nicht. Von den gestiegenen Aktienkursen und dem gesunkenen Wert des Yen profitierte nur die wohlhabende Schicht, die bereits Aktien und Immobilien besaß. Es dauerte dann auch nicht lange, bis Abe unverhohlen zu seinem zentralen Thema zurückkehrte, nämlich die „schäbige“ Verfassung zu ändern.

Die LDP, damals in der Opposition, legte am 27. April 2012 den Entwurf ihrer Verfassungsänderung vor. Damit offenbarte sie ihre Absicht, einen Regimewechsel in Japan durchzuführen, den Tenno (meist mit „Kaiser“ übersetzt, anders als europäische Kaiser jedoch soll der Tenno Nachkomme der Götter sein) zum Staatsoberhaupt zu machen, statt der Selbstverteidigungsstreitkräfte „Landesverteidigungstruppen“ (Kokubô-gun) zu schaffen und die Bürgerrechte drastisch einzuschränken.¹ Dieser Entwurf ist auch heute keineswegs vom Tisch.

Am 6. Dezember 2013 wurde das sogenannte „Whistleblower“-Gesetz (Specially Designated Secrets Act) im Parlament beschlossen. Damit wird Personen, die angeblich Staatsgeheimnisse verbreitet haben, bis zu zehn Jahre Haft angedroht. Dabei ist jedoch geheim, was als „speziell bezeichnete Staatsgeheimnisse“ gilt.

Am 1. April 2014 beschloss das Kabinett, Waffenexporte grundsätzlich zu genehmigen. Bisher galten

für den Waffenexport drei Prinzipien. Danach war der Waffenexport in kommunistische Länder, in Länder, in welche aufgrund von UN-Resolutionen Waffenexport verboten ist, und in Länder, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden, de facto nicht erlaubt. Diese Richtlinien änderte Abe um 180 Grad, und zwar unter dem kuriosen Begriff „Transfer von Verteidigungsausrüstung und -technologie“ (Transfer of Defense Equipment and Technology).

Am 1. Juli 2014 beschloss das Kabinett, das kollektive Verteidigungsrecht prinzipiell ausüben zu können. Bis dahin hatten alle Regierungen erklärt, dass der pazifistische Verfassungsartikel 9, der den Unterhalt von „Land-, See- und Luftstreitkräften oder sonstigen Kriegsmitteln“ verbietet und das Kriegsrecht aberkennt, dem Land zwar das Recht zur individuellen, aber keineswegs zur kollektiven Selbstverteidigung erlaubt.²

Aufgrund dieses Kabinettsbeschlusses wurden am 19. September 2015 die „Gesetze für Frieden und Sicherheit“ verabschiedet, die den japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräften“ militärische Einsätze jederzeit und weltweit ermöglichten. Einsprüche von Rechtsexpert:innen und der Protest der Bürger:innen gegen diese „Kriegsgesetze“ wurden einfach ignoriert.

Am 15. Juni 2017 wurde das „Gesetz gegen die Vorbereitung von Terror usw.“ verabschiedet. Dieses Gesetz ermöglicht es, Personen, die etwas beraten oder geplant haben, auch dann strafrechtlich zu verfolgen, wenn kein Verbrechen auf der Grundlage einer Verschwörung begangen wurde. Dieses Anti-Verschwörungsgesetz (Kyôbôzai) erinnerte viele Leute an das Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (Chian iji hô) von 1925, das jede Kritik gegen das Tenno-System und das Privateigentum unter Strafe stellte. Am 2. Juni 2017 erklärte der damalige Justizminister Katsutoshi Kaneda, sämtliche Verhaftungen und Strafvollstreckungen aufgrund dieses Gesetz seien „legal“.

Dieser Militarisierungskurs endete auch mit der Rücktrittserklärung Abes am 28. August 2020 nicht. Er verordnete seinem Nachfolger Yoshihide Suga, die „Fähigkeit, feindliche Stützpunkte anzugreifen“, auszuloten. Am 16. Juni 2021 wurde ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, Personen zu beobachten, die Grundstücke innerhalb von 1.000 Metern von „wichtigen Einrichtungen“ wie Militärstützpunkten und AKWs bzw. abgelegenen Inseln an der Staatsgrenze besitzen oder nutzen (Act on the Review and Regulation of the Use of Real Estate Surrounding Important Facilities and on Remote Territorial Islands). Bei einer „Störung der Funktion“ solcher Anlagen droht eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren. Was für Handlungen die Funktion der „wichtigen Einrichtungen“

stören würden, ist jedoch nicht definiert. Damit ist es durchaus möglich, dass dieses Gesetz zur Unterdrückung von Bürgerbewegungen genutzt wird.

Sugas Nachfolger Fumio Kishida, der seit dem 4. Oktober 2021 im Amt ist, peitschte das Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit (Keizai ampo suishin hô) am 11. Mai 2022 durch. Angesichts der Konfrontation zwischen den USA und China geht es darum, zu verhindern, dass ein fremdes Land neueste wissenschaftlich-technologische Informationen zum Beispiel zu künstlicher Intelligenz stiehlt und die Beschaffung von unverzichtbaren Waren wie Halbleiter und Medikamenten zu sichern. Im Gesetz steht jedoch nicht, was „wirtschaftliche Sicherheit“ bedeutet.

Egal, wie der Premierminister auch heißen mag – der drastische Militarisierungskurs wird unter dem 2012er-System vorangetrieben. Seit dem Finanzjahr 2013 haben die japanischen Militärausgaben elf Jahre in Folge das Vorjahr übertroffen und neun Jahre in Folge ein Rekordniveau erreicht. Am 23. Mai versprach Kishida dem US-Präsidenten Joe Biden in Tokio, „die Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen“. Die LDP verpflichtete sich, 2% des BIP für Militärausgaben bereitzustellen. Das würde Japan zumindest von den Ausgaben her zur drittgrößten Militärmacht in der Welt machen.

Das A und O des 2012er-Systems ist jedoch die Verfassungsfrage. Am 3. Mai 2017, in Japan „Tag der Verfassung“, schlug Shinzô Abe urplötzlich in der regierungsfreundlichen Yomiuri-Zeitung vor, vorläufig vier Punkte der Verfassung zu ändern. Zwei davon (Mandaterreform im Oberhaus und Ausbau der Schulerziehung) sind alles andere als wichtig. Die wichtigen Punkte sind, den Artikel 9 zu toten Buchstaben zu machen, indem die „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ in den Text der Verfassung aufgenommen werden, und einen Notstandsartikel einzuführen. Die LDP hält nach wie vor an diesen Vorhaben fest.



Die staatliche Beerdigungszeremonie von Shinzo Abe.
Quelle: Wikipedia

Verpasste Chance

Am 27. September 2022 wurde das Staatsbegräbnis für Shinzô Abe durchgesetzt. Aus Deutschland nahm Christian Wulff als früherer Bundespräsident daran teil. Kishida pries Abe als „Kompass, der die Zukunft von Japan und der Welt weist“. Damit hat Japan dem In- und Ausland seinen Willen gezeigt, den gewaltsamen Militarisierungskurs weiter voranzutreiben.

Hat Japan damit eine historische Chance vertan, zu einer vernünftigen Politik zurückzukehren? Dabei geht es darum, sich nicht nur mit dem 2012er-System, sondern mit dem japanischen Nachkriegsstaat und dem japanischen Nationalstaat überhaupt auseinanderzusetzen. Die Staatsdoktrin des jungen Nationalstaates war die Einheit von Religion und politischer Herrschaft (saisei itchi). Der Tenno war angeblich als Nachkomme der Götter heilig und unverletzlich. Es war ein Zeichen höchster Nationalmoral, sich für den Tenno und die kaiserliche Familie zu opfern. Die Generäle und Soldaten, die für den Tenno fielen, wurden und werden noch heute im Yasukuni-Schrein als „Heldenseelen“ (gunshin) verehrt. So gesehen könnte man Japan vor 1945 durchaus als „Kultstaat“ bezeichnen.

Angesichts dessen, dass sich niemand persönlich für den Kriegsausbruch und die bedingungslose Kapitulation verantwortlich fühlte, sprach der Politikwissenschaftler Masao Maruyama schon unmittelbar nach Kriegsende von einem „System der Unverantwortlichkeiten“.³ Dieses System wurde nach dem Krieg vollendet, als Tenno Hirohito von jeglichem Vorwurf einer Kriegsschuld verschont blieb. Auch die oligarchischen Kräfte, die die Politik des Tenno gelenkt hatten, konnten im Zeichen des Kalten Krieges auf die politische und wirtschaftliche Bühne zurückkehren. Shinzô Abe war die Symbolfigur dieser Oligarchie Japans im 21. Jahrhundert.

In diesem Sinne könnte man Japan immer noch als ein feudalistisches Land brandmarken, zumal in der LDP Erbpolitiker:innen entscheidenden Einfluss ausüben.⁴

Solch ein Japan wird von Björn Höcke gelobt. Beim Kyffhäusertreffen am 6. Juli 2019 empfahl er, den „japanischen Weg“ zu gehen. Als Stärke Japan nannte er wörtlich: „Funktionierendes Gastarbeitersystem, nur 20 Asylanten pro Jahr, Rationalisierung und Robotertechnik statt Einwanderung, die Drei-Kind-Familie, keine Vergangenheitsbewältigung trotz der Niederlage, Geringer Ausländeranteil, eins der sichersten Länder der Welt, staatspolitisch, wirtschaftspolitisch, identitätspolitisch sehr klug und hochmoralisch: 180 Grad Wende in der Einwanderungspolitik“.⁵

Ob Japan ein wirklich demokratisches Land wird, wo die Menschen nicht mehr von gottgleicher Autorität

abhängen, wird sich zeigen. In Deutschland und Europa sollte man kein falsches Japan-Bild nach der einfachen Dichotomie „Demokratie vs. Autokratie“ haben. Das würde nur Ultrationalist:innen und Militarist:innen in Japan ermutigen und die ohnehin gefährlichen Verhältnisse in Ostasien noch gefährlicher machen. Die Zusammenarbeit beider Zivilgesellschaften ist dringend notwendig.

Anmerkungen:

- 1 Eiichi Kido: Japan auf dem Weg zur Wiederbelebung des Militarismus, in: Ausdruck (Oktober 5/2014), vgl. imi-online.de.
- 2 Allerdings betrachten nicht wenige Verfassungsrechtler:innen auch diese Interpretation als eine Umgehung.
- 3 Masao Maruyama, Freiheit und Nation in Japan, München: iudicium, 2007, S.134.
- 4 Von 465 Unterhausabgeordneten, die 2021 gewählt wurden, sind 108 (23,2%) Erbpolitiker:innen, allein bei der LDP 87 (33,6%). Sechs von neun Premierministern, die in vergangenen 20 Jahren im Amt waren, sind Erbpolitiker.
- 5 Der Wortlaut stand in der Webseite der völkisch-nationalistischen Gruppe „Der Flügel“ innerhalb der AfD. Nachdem „Der Flügel“ im März 2020 als „rechtsextremistisch“ eingestuft wurde, ist die Webseite gelöscht worden.

Dies ist eine stark gekürzte Version einer ausführlichen Analyse, die auf der IMI-Webseite heruntergeladen werden kann.

